Deutschland zahlt irakischen Wiederaufbau mit!

Noch während die US-Aggression im Irak im vollen Gange ist, werden die ersten Pfründe verteilt. So schreibt die US-Regierung Aufträge im Wert von 900 Mio Dollar aus, mit der Maßgabe, dass aus Sicherheitsgründen nur US-Firmen sich für diese, dem "Wiederaufbau" des Iraks dienenden Aufträge, bewerben dürfen.

Und in der deutschen Hauptstadt Berlin arbeitet der Genosse der Bosse, Regierungschef Schröder, daran, dass er seinem engen Verbündeten Bush Milliarden Euro aus den Taschen der Unter- und Mittelschicht über den Teich schieben kann. So vehement Schröder behauptet, er sei gegen den Irak-Krieg, so energisch arbeitet er hinter den Kulissen daran, dass der Aufbau dessen was die USA zusammenbombte, Arbeiterinnen und Arbeiter aus Deutschland bezahlen, um sich so bei Bush einzuschmeicheln!

Wie soll das gehen? Nun, zum 1.4.2004 wird voraussichtlich die Mehrwertsteuer von 16% auf 18% erhöht. Die Mehrwertsteuer ist eine Verbrauchssteuer und wird letztlich vom Verbraucher bezahlt, deshalb treffen Erhöhungen in diesem Bereich die Unter- und Mittelschicht existenziell, wachsen doch die Löhne oder Sozialleistungen (z.b. Sozialhilfe, Arbeitslosengeld) mitnichten im gleichen Maße. Ihnen bleibt also nur der Konsumverzicht, was im Bereich dieser unteren und mittleren Einkommen an die Substanz geht. Nicht, dass die geschundenen Menschen im Irak nicht unserer aller Solidarität und Hilfe bedürfen und hierauf auch einen ethisch-moralischen Anspruch haben. Schließlich unterstützt Deutschland aktiv die US-Aggressoren (z.b. durch Überflugrechte u.v.m.).

Es geht darum aufzuzeigen was Schröder und Konsorten gerne vertuschen, wer nämlich letztlich dafür finanziell büßen muß, dass Schröder sich Lieb-Kind machen möchte bei Bush.

In der Konsequenz bedeutet Schröders Verhalten, dass sich die USA nicht nur mit deutscher Beihilfe die Ölquellen des Iraks einverleibt, sondern durch deutsche Steuergelder die US-Wirtschaft fördern lässt: Aufträge werden am Ende zu 90-95% an US oder britische Firmen gehen, deren Rechnungen bezahlt Europa, damit auch Deutschland! Und Bushs Regierung sorgt dafür; so schusterte sie schon jetzt dem HALLIBURTON-Konzern in Texas den Auftrag zu! Bis zur Präsidentschaftswahl im Jahr 2000, war der Chef dieser Firma Dick Cheney, heutiger US-Vizepräsident.

Wer gegen diese Politik, oder auch gegen den US-Krieg persönlich protestieren will, der erreicht das Bundeskanzleramt unter : 01888/4000 oder 030/4000

Per Telefax unter: 030/4000 2357;

Die US-Botschaft in Berlin erreicht man per Telefon: 030/83050 Telefax: 030/2386290. Und Mr. Bushs "Weißes Haus" in Washington D.C. ist von Deutschland aus telefonisch zu erreichen unter: 001-202-456-1414!